



Az. 8615-NEP Gas 2016-2026 – Änderungsverlangen – Beiladung EnBW

Entscheidung

In dem Verwaltungsverfahren

wegen der Entscheidung über Änderungen am Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 gem.
§ 15a Abs. 3 S. 5 EnWG

hier: Beiladungsantrag der EnBW Energie Baden-Württemberg AG

EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe, vertreten durch
den Vorstand,

- Beiladungspetentin -

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen,
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

am 29.08.2016 wie folgt entschieden:

Der Beiladungsantrag der Beiladungspetentin vom 02.05.2016 wird abgelehnt.

Gründe

I. Sachverhalt

Die Beiladungspetentin begehrt die Beiladung zum Verwaltungsverfahren wegen der Entscheidung über Änderungen am Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026.

1. Das Verwaltungsverfahren, auf das sich der Beiladungsantrag vom 02.05.2016 bezieht, betrifft die Entscheidung über Änderungen am Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 gem. § 15a Abs. 3 S. 5 EnWG.

Der Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 wurde durch die Fernleitungsnetzbetreiber erarbeitet und der Bundesnetzagentur am 01.04.2016 vorgelegt. Grundlage für den Plan ist der durch die Bundesnetzagentur gem. § 15a Abs. 1 S. 7 EnWG am 11.12.2015 bestätigte Szenariorahmen. Darauf aufbauend haben die Fernleitungsnetzbetreiber einen Entwurf des Netzentwicklungsplans Gas 2016-2026 erarbeitet und am 15.02.2016 auf der Internetseite <http://www.netzentwicklungsplan-gas.de> veröffentlicht, in dem sie hauptsächlich einen aus ihrer Sicht notwendigen Maßnahmenkatalog für den Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 vorschlagen. Zwischen dem 15.02.2016 und dem 04.03.2016 konnten die Marktteilnehmer Stellungnahmen zu dem Konsultationsdokument bei den Fernleitungsnetzbetreibern abgeben. Die Fernleitungsnetzbetreiber haben vor dem Hintergrund der Stellungnahmen verschiedene Anpassungen vorgenommen und den überarbeiteten Entwurf der Bundesnetzagentur am 01.04.2016 vorgelegt.

2. Am 18.04.2016 hat die Bundesnetzagentur die Konsultation des Entwurfs des Netzentwicklungsplans Gas eingeleitet und den Planentwurf auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Hierzu hat sie einen Fragenkatalog zur Bewertung des Netzentwicklungsplans veröffentlicht, der unter anderem die verschiedenen Netznutzergruppen gezielt anspricht. Die Bundesnetzagentur hat am 11.05.2016 einen öffentlichen Workshop abgehalten, bei dem die Marktteilnehmer mündlich zum Plan Stellung nehmen konnten. Themen des Workshops betrafen auch das Zusammenspiel von Gasnetzentwicklung und Ausschreibungen für Reservekraftwerke in Süddeutschland. Vom 18.04.2016 bis zum 27.06.2016 hatte die Öffentlichkeit die Möglichkeit, im Rahmen der Konsultation zum Planentwurf Stellungnahmen abzugeben. Bis zum Ablauf der Frist sind im Rahmen der Konsultation 31 Stellungnahmen verschiedener Netznutzergruppen sowie den maßgeblichen Verbänden bei der Bundesnetzagentur eingegangen. Hierunter befand sich auch eine Stellungnahme der Beiladungspetentin mit Datum vom 20.05.2016. Die Bundesnetzagentur kann gemäß der Ermächtigung in § 15a Abs. 3 S. 5 EnWG nach Abschluss und Auswertung der Konsultation und Bewertung des vorgelegten Plans innerhalb von drei Monaten nach Veröffentlichung des Konsultationsergebnisses

Änderungen am Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 von den Fernleitungsnetzbetreibern verlangen.

3. Die Beiladungspetentin betreibt mehrere Kraftwerke und beruft sich in ihrem Beiladungsantrag unter anderem darauf, dass sie für mögliche Gaskraftwerksprojekte in Altbach und Heilbronn Anfragen nach §§ 38, 39 GasNZV bei der terranets BW gestellt habe. Zur Untermauerung der erheblichen Interessenberührung trägt sie vor, dass sie die in Rede stehenden Gaskraftwerksprojekte im Zusammenhang mit der demnächst auszuschreibenden Netzreserve in der Region Baden-Württemberg plane.
4. Die Beiladungspetentin ist der Auffassung, dass der sich aus den Anfragen ergebende Bedarf an zusätzlichen Gasnetzkapazitäten sich im Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 wiederfinden müsste. Die hierzu von der Bundesnetzagentur bei der Bestätigung des Szenariorahmens aufgestellten Entscheidungskriterien seien weder sachgerecht, noch würden sie eine gesetzliche Grundlage besitzen. Die Einschätzung der Bundesnetzagentur, Kraftwerksplanungen mit früherem Inbetriebnahmedatum hätten eine höhere Realisierungswahrscheinlichkeit, halte sie insbesondere im Zusammenhang mit Neubauanlagen für die Netzreserve für falsch. Die Realisierungswahrscheinlichkeit dieser Anlagen werde wesentlich vom strommarktgesetzlichen Prozess der Bedarfsbestimmung bzw. Standortfestlegung und dem Resultat des hierfür vorgesehenen Gebotsverfahrens bestimmt. Eine mögliche Bestätigung der Netzausbauvorhaben im Netzentwicklungsplan 2018 sei zu spät, da damit eine mehrjährige Unsicherheit über den Status des Gasanschlusses für diese Projekte bestehen würde. Weiterhin sei es unzulässig, wenn die Planung des Netzanschlusses außerhalb des Netzentwicklungsplans alleine auf Basis von § 39 GasNZV erfolge. Aus Sicht der Beiladungspetentin bestehe das Risiko, dass solche Planungen als unzulässiger „Bypass“ zum Netzentwicklungsplan eingestuft würden. Sie könne als Betroffene auch einen signifikanten Beitrag leisten, dass die Interessen potentieller Teilnehmer an der Netzreserve-Ausschreibung im Netzentwicklungsplan Berücksichtigung finden. Schließlich sei nicht mit einer Vielzahl von Beiladungen zu rechnen, da nur sechs Ausbaubegehren nach §§ 38, 39 GasNZV gestellt wurden, die nach den Vorgaben der Bundesnetzagentur in der Modellierung nicht berücksichtigt werden dürfen.
6. Die Bundesnetzagentur hat der Beiladungspetentin am 28.06.2016 Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt, da sich zum damaligen Zeitpunkt bereits im parlamentarischen Verfahren abzeichnete, dass die ursprünglich im Entwurf des Strommarktgesetzes vorgesehenen Ausschreibungen für Neubau in der Netzreserve nicht weiterverfolgt würden. Die Beiladungspetentin wollte die Befassung des Bundesrates abwarten und sich danach erneut zum Beiladungsgesuch melden. Letztes ist bis dato ausgeblieben.

II. Entscheidung

Dem Beiladungsantrag wird nicht stattgegeben. Die Voraussetzungen für eine Beiladung nach § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG liegen nicht vor. Die Beiladungspetentin war weder notwendig, noch einfach beizuladen.

Die Bundesnetzagentur gelangt nach Auslegung des Schreibens vom 02.05.2016 zur Einschätzung, dass der Antrag der Beiladungspetentin sich auf das Verfahren der Änderung des Netzentwicklungsplans Gas bezieht. Die Petentin nimmt hierin darauf Bezug, dass die Fernleitungsnetzbetreiber der Bundesnetzagentur den Entwurf des Netzentwicklungsplans Gas am 01.04.2016 übergeben haben und begehrt die Beiladung zum laufenden diesbezüglichen Folgeverfahren zur Erreichung der Verbindlichkeit des Netzentwicklungsplans nach § 15a Abs. 3 EnWG. Der Netzentwicklungsplan Gas wird entweder nach einem sog. Änderungsverlangen, welches als Verwaltungsakt gegenüber den Fernleitungsnetzbetreibern nach § 15a Abs. 3 S. 5 EnWG ergeht, oder in Folge der Genehmigungsfiktion nach § 15a Abs. 3 S. 7 EnWG verbindlich, sofern die Bundesnetzagentur keine Änderungen am Plan verlangt. Jenes Verfahren ist derzeit noch nicht abgeschlossen und kommt somit als Verfahren gem. § 66 EnWG in Betracht.

Die Beiladungspetentin war nicht notwendig beizuladen, da die engen Voraussetzungen einer notwendigen Beiladung vorliegend nicht erfüllt sind.

Im Falle der notwendigen Beiladung ist die Beiladung des Dritten auszusprechen, wenn der Ausgang des Verfahrens rechtsgestaltende Wirkung für diesen hat, also durch eine möglicherweise ergehende Entscheidung Rechte des Dritten begründet, aufgehoben oder verändert werden und der Ausgang des Verfahrens den Beizuladenden deshalb *unmittelbar* in seinen Rechten verletzen kann (eingehend Kopp/Ramsauer, VwVfG, § 13 Rn. 39 ff.; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 14.01.2009 – VI-3 Kart 36/08; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 02.11.2006 – VI-3 Kart 165/06, ZNER 2006, 349). Daran fehlt es vorliegend.

Es ist nicht ersichtlich, dass der Netzentwicklungsplan Gas bzw. das in Rede stehende Änderungsverlangen ein Rechtsverhältnis zugunsten der Beiladungspetentin gestaltet. Der Netzentwicklungsplan Gas entfaltet nach der gesetzgeberischen Konzeption ausschließlich unmittelbare Rechtswirkungen zwischen den diesen erarbeitenden Fernleitungsnetzbetreibern sowie der diesen bestätigenden Bundesnetzagentur. Gem. § 15a Abs. 3 S. 7 EnWG ist der Netzentwicklungsplan nur für die Fernleitungsnetzbetreiber verbindlich und beinhaltet Rechtswirkungen dahingehend, dass die Fernleitungsnetzbetreiber die im Netzentwicklungsplan enthaltenen Investitionsmaßnahmen durchführen müssen. Weitergehende Ansprüche zugunsten einzelner Netznutzer resultieren aus dem Netzentwicklungsplan nicht.

Der von der Beiladungspetentin ins Feld geführte potentielle Kapazitätsausbauanspruch aus § 39 Abs. 1 GasNZV ergibt sich nicht aus dem Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 bzw. dessen Änderungsverlangen durch die Bundesnetzagentur, sondern dieser folgt aus § 39 Abs. 1 GasNZV. Bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen des § 39 Abs. 1 GasNZV ergibt sich ein Kapazitätsausbauanspruch des Kraftwerksbetreibers gegen den Fernleitungsnetzbetreiber. Somit sind die Rechtsverhältnisse unabhängig voneinander und im Hinblick auf die Parteien gerade nicht deckungsgleich, was bereits eindeutig gegen eine unmittelbar rechtsgestaltende Wirkung des Netzentwicklungsplans Gas 2016-2026 gegenüber der Beiladungspetentin und damit gegen eine Einordnung der Petentin als *notwendig* Beizuladende spricht.

Die Bundesnetzagentur hat von einer einfachen Beiladung nach § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG aus nachfolgenden Ermessenserwägungen keinen Gebrauch gemacht:

Gem. § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG können Dritte am Verfahren vor der Regulierungsbehörde beteiligt werden, wenn ihre Interessen durch die gegenständliche Entscheidung erheblich berührt werden. Unter Interessen sind dabei nicht nur rechtliche Interessen zu verstehen, sondern auch wirtschaftliche Interessen der Beiladungspetentin. Im Falle der Erheblichkeit können auch mittelbare Auswirkungen genügen. Zur Beurteilung der erheblichen wirtschaftlichen Interessen ist auf die spezifischen Zielsetzungen des Energiewirtschaftsgesetzes abzustellen, die insbesondere in § 1 EnWG geregelt sind. Dementsprechend kann beigelegt werden, wer geltend macht, durch eine potentielle Regulierungsentscheidung in seinen durch das Energiewirtschaftsgesetz geförderten Interessen erheblich berührt zu sein (OLG Düsseldorf, Beschluss vom 23.09.2009, VI-3 Kart 25/08 (V), Bl. 10 des amtl. Umdrucks; Beschluss vom 07.04.2006, VI-3 Kart 161/06 (V), Bl. 3 des amtl. Umdrucks).

Für eine erhebliche Interessenberührung (i.S.d. § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG) dürfen die Interessen der Beiladungspetentin nicht nur entfernt oder geringfügig betroffen sein. Dabei ist ausschlaggebend, ob die Interessen der Beiladungspetentin eine hinreichende „Nähe zum Entscheidungsgegenstand aufweisen und ob außerdem die mögliche Entscheidung [...] derart gewichtige Auswirkungen auf diese Interessen haben, dass es angemessen erscheint, [ihr] die Rechte auf Beteiligung [...] einzuräumen (OLG Düsseldorf, VI-Kart 27/02 (V), 02.09.2002 zu § 54 Abs. 2 Nr. 3 GWB).

Die Bundesnetzagentur hegt Zweifel, ob die von der Petentin vorgebrachten Argumente zu einer erheblichen Interessenberührung führen können. Die Petentin bemängelt, dass die von ihr nach § 39 Abs. 1 GasNZV gestellten Anfragen für Neubaugaskraftwerke an den Standorten Altbach und Heilbronn nicht im Verfahren des Netzentwicklungsplans Gas 2016-2026 berücksichtigt wurden. Diese Anfragen hat die Petentin aber ausweislich des bisherigen Vortrags im Kontext

der ursprünglich vorgesehenen Regelungen zu Ausschreibungen für neue Kraftwerke für die Netzreserve gestellt.

Sofern die Beiladungspetentin in ihrem Antrag also darauf abstellt, dass die Realisierungswahrscheinlichkeit ihrer Projekte wesentlich vom strommarktgesetzlichen Prozess der Bedarfsbestimmung bzw. Standortfestlegung und dem Resultat des Gebotsverfahrens bestimmt ist, haben sich die Rahmenbedingungen so stark geändert, dass die Bundesnetzagentur Zweifel an der Interessenberührung hat. Die von der Petentin angeführten Ausschreibungsverfahren sind nicht gesetzlich in Kraft getreten. Im verabschiedeten Strommarktgesetz finden sich nunmehr Regelungen anderen Inhalts. Ursprünglich war im Gesetzentwurf vom 14.09.2015 (Gesetzesentwurf der Bundesregierung für die Länder- und Verbändeanhörung)¹ vorgesehen, als Teil der Netzreserve ab dem Winterhalbjahr 2021/22 bis zu 2 Gigawatt neue Erzeugungsanlagen in Bayern und Baden-Württemberg zu errichten, vgl. § 13d Abs. 2 EnWG-E. Der Bedarf für diese Anlagen sollte durch die Übertragungsnetzbetreiber im Rahmen der Analysen nach der Netzreserveverordnung (bislang Reservekraftwerksverordnung) festgestellt und durch die Bundesnetzagentur bestätigt werden. Anschließend sollten die Anlagen in einem Ausschreibungsverfahren mit Gebotstermin 30.04.2017 beschafft und für den Erbringungszeitraum vom 01.10.2021 – 30.09.2036 vertraglich gebunden werden.

Im parlamentarischen Verfahren ergaben sich aber deutliche Änderungen an der vorgesehenen Regelung. In der inzwischen von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Fassung des Strommarktgesetzes vom 26.07.2016 (BGBl. Teil I 2016 Nr. 37 vom 29.07.2016, S. 1786) wird das Neubausegment nunmehr in einem neu eingeführten §13k EnWG geregelt. Dieser sieht vor, dass die Übertragungsnetzbetreiber selbst Erzeugungsanlagen im Umfang von bis zu 2 GW als sog. Netzstabilitätsanlagen errichten und betreiben können. Die Errichtung der Netzstabilitätsanlagen soll dort erfolgen, wo dies wirtschaftlich oder aus technischen Gründen für den Netzbetrieb notwendig ist. Eine konkrete Benennung der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg erfolgt nun im Gegensatz zur Entwurfsfassung des Strommarktgesetzes nicht mehr. Auch wird kein konkretes Anfangsdatum genannt, zu dem die Anlagen errichtet werden sollen. Da die Übertragungsnetzbetreiber selbst die Erzeugungsanlagen betreiben sollen, ist kein Ausschreibungsverfahren mehr vorgesehen. Der konkrete Erbringungszeitraum, für den die Netzstabilitätsanlagen errichtet werden sollen, ist nicht mehr explizit geregelt. Der Bedarf soll erstmalig spätestens bis zum 31.01.2017 von den Übertragungsnetzbetreibern ermittelt und anschließend spätestens bis zum 31.03.2017 von der Bundesnetzagentur bestätigt werden. Weiterhin sollen die Übertragungsnetzbetreiber spätestens bis zum 15.10.2022 ermitteln, ob ein weiterer Bedarf für die Jahre 2026 bis 2030 besteht. Für den Zeitraum nach 2030 gibt es keine Regelung. Zudem stellt § 118 Abs. 18 Nr. 3 EnWG einen Vorbehalt der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission auf.

¹ <https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/entwurf-eines-gesetzes-zur-weiterentwicklung-des-strommarktes,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>

Auch ist zweifelhaft, ob eine erhebliche Interessenberührung darin zu sehen ist, dass die Petentin eine mehrjährige Rechtsunsicherheit über ihren Gasanschluss darin sieht, dass die Anfragen nach §§ 38, 39 GasNZV im gegenwärtigen Netzentwicklungsplan Gas 2016-2016 nicht enthalten sind. Diese vermag die Bundesnetzagentur nicht zu erkennen. Sie hat in der Bestätigung des Szenariorahmens zum Netzentwicklungsplan Gas 2016 vom 11.12.2015 den Fernleitungsnetzbetreibern aufgegeben, dass sie alle notwendigen Planungsschritte im Zusammenhang mit dem Netzanschluss nach § 17 EnWG und der Gewährung des Netzzugangs nach § 20 Abs. 1b EnWG unternehmen müssen, sofern verbindliche Anfragen für mögliche Kraftwerksprojekte vorliegen und die tatsächliche Realisierung der betreffenden Gaskraftwerksprojekte absehbar ist.² Die allgemeine Netzanschlusspflicht nach § 17 EnWG besteht darin, dass die Fernleitungsnetzbetreiber die Kraftwerke zu technischen und wirtschaftlichen Bedingungen an ihr Netz anzuschließen haben, die angemessen, diskriminierungsfrei und transparent sind. Diese Anschlusspflicht besteht unabhängig davon, ob ein Kraftwerksprojekt in einen Netzentwicklungsplan aufgenommen wird oder nicht.

Die Bundesnetzagentur hat in der Entscheidung zum Szenariorahmen weiter an die allgemeine Transportaufgabe der Fernleitungsnetzbetreiber erinnert. Hiernach besteht nach § 15 Abs. 3 EnWG die Pflicht, dauerhaft die Fähigkeit ihrer Netze sicherzustellen, die Nachfrage nach Transportleistungen für Gas zu befriedigen und insbesondere durch entsprechende Transportkapazität und Zuverlässigkeit der Netze zur Versorgungssicherheit beizutragen. Daher sind sie verpflichtet, alle bereits möglichen, vorbereitenden Maßnahmen für einen etwaig durch den Netzentwicklungsplan Gas 2018-2028 erforderlich werdenden Gasnetzausbau zu ergreifen. Was die allgemeinen Netzzugangsregelungen nach § 20 Abs. 1 EnWG angeht, hatte sie den Fernleitungsnetzbetreibern aufgegeben, sicherzustellen, dass für einen Übergangszeitraum bis zur Fertigstellung des Netzausbaus Alternativen zu einer anderweitigen unbedingten und festen Gasversorgung zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus vermag die Bundesnetzagentur gegenwärtig keine weitere Betroffenheit zu erkennen. Die Fernleitungsnetzbetreiber haben der Bundesnetzagentur im Termin vom 05.07.2016 die voraussichtlich erforderlichen Netzausbaumaßnahmen bei einer Realisierung u.a. der Kraftwerksblöcke Heilbronn und Altbach präsentiert. Damit sind die Fernleitungsnetzbetreiber den Anforderungen der Bundesnetzagentur nachgekommen. Die weiteren Schritte zur Umsetzung des Netzausbaus sind nunmehr gekoppelt an die endgültige Entscheidung über die tatsächliche Realisierung der in Frage stehenden Kraftwerksprojekte.

Es kann allerdings nicht von vornherein ausgeschlossen werden, dass die bei der Aufstellung des Netzentwicklungsplans durch die Fernleitungsnetzbetreiber verwandten Prämissen die Interessen einzelner Netznutzer und Transportkunden zumindest mittelbar betreffen; ob hierin denn

² Bundesnetzagentur, Az. 8651-NEP Gas 2016, Bestätigung Szenariorahmen, S. 50 ff.

insgesamt auch eine erhebliche Interessenberührung i.S.d. § 66 Abs. 2 Nr. 3 EnWG vorliegt, kann im Ergebnis dahinstehen. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen der Beiladung erfüllt sind, steht die Entscheidung über den Beiladungsantrag im Ermessen der Bundesnetzagentur (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 02.10.2009 – VI-3 Kart 21/08, Rn. 61; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 06.07.2006 – VI-3 Kart 144 – 149/06, Rn. 26).

Im Rahmen der Ermessenserwägungen ist von der Bundesnetzagentur zu berücksichtigen, ob die Beiladung für das Verfahren förderlich ist und / oder ob verfahrensökonomische Überlegungen, die dem öffentlichen Interesse an einer Konzentration und Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens dienen, gegen eine Beiladung sprechen (vgl. OLG Düsseldorf, Beschl. v. 02.10.2009 – VI-3 Kart 21/08, Rn. 61; OLG Düsseldorf, Beschl. v. 06.07.2006 – VI-3 Kart 144 – 149/06, Rn. 26).

Nach Abwägung der für und gegen die Beteiligung sprechenden Gründe wird die Beiladungspetentin nicht zum Verfahren hinzugezogen. Im Rahmen der hierfür maßgeblichen Abwägung hat eine Rolle gespielt, dass die Sachverhaltsaufklärung durch ein umfassendes Konsultationsverfahren hinreichend gewahrt ist (vgl. Entscheidung der Bundesnetzagentur, Az. 8615-NEP Gas 2013 – Änderungsverlangen – Beiladung E.ON Kraftwerke GmbH vom. 24.09.2013, S. 7)³.

Das Verfahren zur Änderung des Netzentwicklungsplans gibt durch ein breit angelegtes Konsultationsverfahren allen tatsächlichen und potenziellen Netznutzern auf mehreren Ebenen hinreichend Gelegenheit zur Stellungnahme. So können die Konsultanten bei den Fernleitungsnetzbetreibern sowohl bereits bei der Erstellung des Szenariorahmens gem. § 15a Abs. 1 S. 6 EnWG als auch bei der Veröffentlichung des ersten Entwurfs des Netzentwicklungsplans Stellung beziehen. Im Weiteren führt die Bundesnetzagentur ein breit angelegtes Konsultationsverfahren gem. § 15a Abs. 3 S. 1 EnWG durch:

Soweit die Beiladungspetentin darauf abstellt, dass sie durch die Beiladung als Betroffene auch einen signifikanten Beitrag zur Wahrung der Interessen potentieller Teilnehmer an der Netzreserve-Ausschreibung im Verfahren des Netzentwicklungsplans leisten könne, sei sie an den oben genannten Gesetzgebungsprozess zum Strommarktgesetz erinnert. Der Prozess der Netzentwicklungsplanung ist darüber hinaus kein geeignetes Forum, die Spezifika der zukünftigen Verfahren im Zusammenhang mit den Netzstabilitätsanlagen nach § 13k EnWG zu klären. Die Bundesnetzagentur hatte auf dem öffentlichen Workshop zum Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 angeboten, die diesbezüglichen Fragen zu sammeln. Dazu bedarf es aber nicht der förmlichen Beteiligung an diesem Verfahren.

³ Abrufbar unter

http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/NetzentwicklungUndSmartGrid/Gas/NEP_2013/BeiladE_EON_Kraftw.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Soweit die Beiladungspetentin darüber hinaus Gesichtspunkte mit Bezug zur Netzentwicklungsplanung adressieren möchte, können diese im Verfahren der Konsultation angebracht werden. Es bestand im Rahmen der Konsultation der Fernleitungsnetzbetreiber vor der erstmaligen Vorlage des Netzentwicklungsplans im Zeitraum vom 15.02.2016 bis zum 04.03.2016 eine erste Möglichkeit für die Branche, die „problematischen“ Gesichtspunkte unmittelbar bei den Fernleitungsnetzbetreibern zu adressieren. Im Weiteren hat die Bundesnetzagentur nach Vorlage des Netzentwicklungsplans bei der Bundesnetzagentur im Zeitraum vom 18.04.2016 bis 27.05.2016 den Entwurf des Netzentwicklungsplans öffentlich konsultiert und hierzu einen strukturierten Fragebogen veröffentlicht. Für die Gruppe der Kraftwerksbetreiber wurde zudem ein Forum auf dem öffentlichen Workshop am 11.05.2016 eingeräumt, auf dem die spezifischen Fragen und der initial angedachte Prozess der Ausschreibungen und Reservebedarfsfeststellung durch die Übertragungsnetzbetreiber diskutiert wurden.⁴ Die Beiladungspetentin hat von ihrer Möglichkeit zur Stellungnahme am 20.05.2016 sehr detailliert Gebrauch gemacht und hat auch an dem öffentlichen Workshop bei der Bundesnetzagentur teilgenommen.

Die Konsultation ist also zum einen ein geeignetes Forum für die Netznutzer, insofern „kritische“ Aspekte der Netzentwicklungsplanung zu adressieren. Zum anderen zeitigt sie auch rechtliche Folgen. Denn im Ergebnis basiert die Änderungsentscheidung der Bundesnetzagentur gem. § 15a Abs. 3 S. 5 EnWG unter anderem auf den Stellungnahmen der Netznutzer aus der Konsultation. Aus Sicht der Bundesnetzagentur besteht mit der Möglichkeit der Teilnahme und der aktiven Beteiligung im Konsultationsverfahren eine hinreichende Gelegenheit für die Beiladungspetentin, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen und ihre Belange gewahrt zu wissen.

Im Antrag vom 02.05.2016 macht die Beiladungspetentin in der Sache aber keine weiter gehenden den Netzentwicklungsplan Gas betreffenden Gesichtspunkte geltend, die sie nicht schon im Rahmen der öffentlichen Konsultation durch ihre schriftliche Stellungnahme vom 20.05.2016 vorgetragen hat. Es ist also vor diesem Hintergrund nicht ersichtlich, welche verfahrensfördernde Wirkung eine Beiladung noch haben könnte, wenn die Beiladungspetentin ihre Ansichten erneut darlegt. Angesichts des sich wiederholenden Vortrags, in dem de facto keine neuen Gesichtspunkte oder weitere Sachaufklärungen vorgebracht wurden, erschien die Beiladung nicht zweckmäßig.

Im Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die einfache Beiladung in erster Linie der Förderung des Verwaltungsverfahrens dient und nicht den individuellen Interessen der Beizuladenden (BGH, Urteil v. 07.11.2006, Az. KVR 37/05, Rn. 12 – juris). Die Bundesnetzagentur kann im Rahmen der Abwägung verfahrensökonomische Erwägungen berücksichtigen, die dem Interes-

⁴ Weitere Informationen hierüber sind abrufbar unter

http://www.bundesnetzagentur.de/cln_1931/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/NetzentwicklungundSmartGrid/Gas/Vortraege_und_Veranstaltungen/Vortraege_Veranstaltungen.node.html

se der Konzentration und Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens dienen und diesen gegenüber dem Beiladungsinteresse den Vorzug geben (BGH, Beschluss vom 05.10.2010, EnVR 52/09, Bl. 8 des amtl. Umdrucks; BGH, Beschluss vom 07.11.2006 – KVR 37/05, OLG Düsseldorf, Beschluss vom 23.09.2009, VI-3 Kart 25/08 (V), Bl. 10 des amtl. Umdrucks).

Hiervon hat sie auch Gebrauch gemacht: Zu Lasten des Beiladungsinteresses war zu berücksichtigen, dass die Fortschreibung des Netzentwicklungsplans einen rollierenden und im Zwei-Jahres-Rhythmus wiederkehrenden Prozess darstellt. Insoweit sieht es die Bundesnetzagentur als angemessen an, anstatt die Beiladungspetentin beizuladen, auf die Teilnahme an der Konsultation zu verweisen. Anderenfalls erscheint es aus Sicht der Bundesnetzagentur auf Grund weiterer denkbarer Konstellationen und angesichts der Vielzahl möglicher Kraftwerksbetreiber oder anderer Netznutzergruppen auch möglich, dass eine größere Anzahl von Beiladungsgesuchen folgt.

Bereits auf Seiten der aktiv Beteiligten existiert eine große Zahl der Verfahrensbeteiligten, denn derzeit erstellen 16 Fernleitungsnetzbetreiber einen deutschlandweiten und koordinierten Netzentwicklungsplan für die Gasinfrastruktur. Im gegenwärtigen Zeitpunkt gab es zwar erst insgesamt zwei Beiladungsanfragen sowohl der Petentin als auch aus der Gruppe der Verteilernetzbetreiber. Eine weite Beiladungspraxis würde aber unter Umständen Nachahmungseffekte in der Branche zeitigen, die in den kommenden Verfahren der Änderung des Netzentwicklungsplans zu einer Vielzahl von Beiladungsanträgen führen könnten. Die Gruppe der Kraftwerksbetreiber als Netznutzer betrachtet, ergeben sich allein ausweislich der Kraftwerksliste der Bundesnetzagentur deutlich über 100 Betreiber von Kraftwerken mit dem Energieträger Gas.⁵ Derzeit haben die Netzbetreiber weitere 11 Neubauprojekte in die Modellierung des Netzentwicklungsplans 2016-2026 einbezogen (Tabelle 10 Netzentwicklungsplan Gas 2016-2026 v. 01.04.2016, S. 40). Insoweit gilt es eine Überfrachtung des Prozesses und Lähmung der Abläufe weitestgehend zu vermeiden.

Vom Gesetzgeber ist auch ein enger zeitlicher Rahmen vorgegeben. Die Fernleitungsnetzbetreiber müssen gem. § 15a EnWG in jedem geraden Jahr einen Netzentwicklungsplan erarbeiten. Bis es zur Verbindlichkeit des gegenwärtigen Netzentwicklungsplans kommt, muss zunächst ein Konsultationsverfahren mit hinreichend Gelegenheit zur Stellungnahme der Netznutzer durchgeführt werden. Nach Veröffentlichung der Ergebnisse der Konsultation kann die Bundesnetzagentur Änderungen verlangen oder der Netzentwicklungsplan gelangt in Folge der Genehmigungsfiktion in § 15a Abs. 3 S. 7 EnWG zur Verbindlichkeit. Im Ausgangspunkt ist es ein Ziel der Bundesnetzagentur, dass das Verfahren des jeweils aktuell vorgelegten Netzentwicklungsplans im jeweiligen Jahr abgeschlossen sein wird, damit der Netzentwicklungsplan zeitnah Verbindlichkeit erlangt. Eine größere Anzahl Beteiligter könnte dieses Ziel potentiell konterkarieren.

⁵ Kraftwerksliste Bundesnetzagentur, Anlagen > 10 MW; Stand 10.05.2016.
http://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Erzeugungskapazitaeten/Kraftwerksliste/Kraftwerksliste_2015.xlsx

ren. Durch die mit der Beiladung geschaffenen Möglichkeiten, wie z.B. weitere Anhörungen oder Recht auf Akteneinsicht kann es zu verfahrensmäßigen Verzögerungen kommen. Insoweit erscheint aus Sicht der Bundesnetzagentur auch aus verfahrensökonomischer Sicht eine Beiladung nicht zweckmäßig.

Abschließend ist zu berücksichtigen, dass die Ablehnung des Beiladungsantrags nicht zwangsläufig zu einer Beschränkung der Rechtsschutzmöglichkeiten gegen die Änderungsentscheidung zum Netzentwicklungsplan 2016-2026 führt. Unter bestimmten Voraussetzungen kann ein Beiladungspetent, dessen Beiladung aus Gründen der Verfahrensökonomie abgelehnt worden ist, ein Beschwerderecht haben (BGH, Urteil vom 07.11.2006, Az. KVR 37/05, Rn. 21 - juris). Diese zu § 63 Abs. 2 GWB entwickelten Grundsätze sind auch auf § 75 Abs. 2 EnWG zu übertragen, so dass die Beschwerdemöglichkeit nicht nur „den am Verfahren vor der Regulierungsbehörde Beteiligten“ zusteht (Entscheidung der BK7 v. 27.05.2008, Az. BK7-08-002-B1, S. 6).

III. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist beim Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht. Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten.

Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs.1 EnWG).

Im Auftrag



Achim Zerres

Abteilungsleiter Energieregulierung